

# Pulsnitzer Tageblatt

Veranstaltet von: Pulsnitzer Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

**Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Besorgung der Zeitung oder auf Rüd-  
keiten Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelanzt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachläß in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz R. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Hlembendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. V. Försters Erben (Jus. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

**Nummer 204**

**Freitag, den 31. August 1928**

**80. Jahrgang**

## Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Schnittwarenhandlerin Anna  
Jda verw. Hofmann geb. Philipp in Ohorn Nr. 3 hat der Konkursverwalter beantragt,  
das Verfahren einzustellen, da sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende  
Masse nicht mehr vorhanden ist.

Zur Beschlußfassung über den Einstellungsantrag wird eine Gläubigerversammlung  
einberufen.

Termin hierzu und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen wird auf  
**den 18. September 1928, vormittags 11 Uhr,**

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.

**Amtsgericht Pulsnitz, den 29. August 1928.**

## Das Wichtigste

Am Donnerstag früh wurde in Dören die Textilarbeiterschaft in Stärke  
von 4000 Personen ausgerepelt. Am Mittwoch fanden zwei Pro-  
testversammlungen der Arbeiterschaft statt.  
Die deutsche Schwimmerin Fräulein Kynell, die Mittwochabend von  
Calais zur Durchschwimmung des Kanals startete, hat gegen Mit-  
ternacht ihren Versuch ausgegeben.  
Der Gasplatz in Antwerpen ist durch ein Großfeuer eingeschloßen wor-  
den. Der Schaden beträgt rund 3 Millionen Franken. Aus einer  
benachbarten Garage, die stark gefährdet war, konnten 200 Auto-  
mobile gerettet werden.  
Das Dornier-Wal-Flugboot „D 1422“, das am Mittwoch um 10,22 Uhr  
mit den Piloten v. Bronau und Scheuren in Suhl startete, ist  
um 18,30 Uhr in Texera (Harzer) glatt gelandet.  
Am 5. September treffen aus Gdingen die polnischen Schulschiffe  
„Kommandant Bilski“ und „Witja“ zu einem Besuch in Riga  
ein. Unterwegs werden sie wahrscheinlich den Libauer Hafen anlaufen.  
Nach Meldungen aus Moskau kenterte in dem Villenort Paphowo bei  
Moskau auf einem Teich ein Boot mit 32 Kindern. Nur acht  
Kinder konnten gerettet werden. Die Untersuchung ergab, daß das  
Boot bereits vor Eintritt der Fahrt leer gewesen war. Die Kinder  
hätten es ohne Aufsicht zu ihrer Fahrt genommen.  
Nach Meldungen aus Moskau haben am Mittwoch im Nordwestgebiet  
die Manöver der dort liegenden Truppen begonnen. Daran betei-  
ligten sich sämtliche technischen Militärtruppen und teilweise die bal-  
tische Flotte. Die Manöver sollen 1-1/2 Wochen dauern.

## Vertilgte und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Zubiläum.) Heute erfüllen sich 25  
Jahre, daß der Weber Herr Fr. Gustav Laub aus Weis-  
sitz-Pulsnitz bei der Firma J. G. Hauffe in Pulsnitz tätig  
ist. Mit Fleiß und Anstellung erlebte der Jubilar je-  
weilig seine Arbeit. Seine Arbeitgeberin ehrte und erfreute  
ihn unter Würdigung seiner Verdienste durch Ueberreichung  
von Ehrenurkunde und Geldgeschenk. Mögen Herrn Laub  
noch frohe rüstige Jahrzehnte vergönnt sein!

(Kosten der Wohnungswirtschaft.) Der  
Reichstagsabgeordnete Lucke hat unlängst in einer Zeitungs-  
notiz die Kosten der sogenannten Wohnungszwangswirtschaft  
auf mehr als 1/2 Milliarde jährlich berechnet. Diese Be-  
rechnung war für jeden, nicht nur Sachverständigen, von  
vornherein unglaubhaft. Jetzt wendet sich Oberbaaurat Peters,  
Hamburg, gegen die Lucke'schen Berechnungen, nachdem sich  
auch bereits Köln und Würzburg dagegen gewandt hatten  
und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die personellen und  
technischen Gesamtkosten der Wohnungszwangswirtschaft im  
ganzen Reich höchstens 52 Millionen Reichsmark betragen.  
Die Zahl der mit der Wohnungszwangswirtschaft beschäftigten  
Beamten und Angestellten schätzt Peters auf 8000 gegen  
50400, die Lucke angibt. Den Arbeitsverdienstausfall bei  
den von Lucke erwähnten 816000 Wohnungszwangswirtschaften schätzt  
Peters auf höchstens ein Drittel gegenüber 90,82 Millionen  
Reichsmark, die Lucke bezieht. Dabei rechnet Peters für  
jeden Prozeß 4 Personen mit einem Arbeitsverdienstausfall  
von zusammen 40 Reichsmark. Selbst diese Annahme  
erscheint jedoch noch als viel zu hoch. Mit Addition  
irgend welcher Zahlen läßt sich keine Beweisführung ma-  
chen. Auf allen Gebieten öffentlicher, bezw. amtlicher Tätig-  
keit läßt sich schließlich Erweiterung des Wirkungs-  
kreises der öffentlichen Gewalten feststellen. Es sind letzten  
Endes Folgererscheinungen des Krieges. Deshalb ist der neue  
Staat gezwungen, seine Wirksamkeit auch auf Gebiete auszu-  
dehnen, die früher fehlten. Das gilt aber ganz besonders  
für die Wohnungswirtschaft.

(Wann verjährt ein Darlehn?) Die Ver-  
jährung des Darlehens beginnt mit dem Tage, von dem an  
die Kündigung zulässig ist. Die Kündigung eines Darlehens  
ist sofort nach der Fingabe desselben zulässig. Da aber der  
Darlehensschuldner die Leistung erst zu bewirken hat, wenn  
die Kündigungsfrist verstrichen ist, so wird der Beginn der  
Verjährung um die Dauer der Frist hinausgeschoben. Bei-  
spiel: Ein Darlehn von 1000 Mark ist am 1. Januar 1910

## Stresemann läßt dem Reichskanzler Bericht erstatten

Hugo Stinnes jun. verhaftet — Elfprozentige Erhöhung des Frachttarifs

Berlin. Der Reichskanzler hat am Donnerstag vormittag  
durch den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt,  
von Re d l h a m e r, einen Bericht des Außenministers  
über die Unterhaltungen mit Briand und Poincaré erhalten.  
Der Reichskanzler wird prüfen, ob bis zu seiner Abreise am  
Sonnabendabend noch ein Kabinettsrat notwendig ist.

Ueber den Inhalt der Unterredungen zwischen Dr. Strese-  
mann, Briand und Poincaré wird von den amtlichen Stellen  
in Berlin nach wie vor Verschwiegenheit gewahrt. Es wird  
nur erklärt, daß  
tatsächlich in den Pariser Unterhaltungen alle Fragen,  
die Deutschland und Frankreich berühren, eingehend  
erörtert

worden seien, vor allem natürlich die Frage der Räumung.  
Auf jeden Fall rechnet man jetzt in Berliner amtlichen Kreisen  
mit sehr eingehenden Räumungsverhandlungen zwischen dem  
Reichskanzler und dem französischen Außenminister, wobei  
man betont, daß diese Verhandlungen mit der Tagung des  
Völkerbundes direkt nichts zu tun haben und nur gleichzeitig  
in Genf stattfinden, weil der Reichskanzler den Wunsch habe,  
die deutsche Delegation für den Völkerbund selbst zu führen.

## Hugo Stinnes jun. verhaftet.

In der Kriegsanzleiangelegenheit ist Hugo Stinnes  
jun., gegen den vor einigen Tagen bereits die gerichtliche  
Voruntersuchung eröffnet worden war, vom Untersuchungs-  
richter des Landgerichts I Berlin eingehend und unter  
Gegenüberstellung mit weiteren Angeeschuldigten vernom-  
men worden. Auf Grund dieser Vernehmung hat sich, wie  
der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Unter-  
suchungsrichter entschlossen, einen Haftbefehl gegen Hugo  
Stinnes wegen dringenden Verdachts des versuchten Betruges  
und wegen Vorliegens von Verdunkelungsgefahr zu  
erlassen.

## Elfprozentige Erhöhung des Frachttarifs.

Berlin. Die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt im  
Güter- und Tierverkehr eine allgemeine Erhöhung des der-  
zeitigen Frachttarifs um elf Prozent, die am 1. Oktober d. J.  
in Kraft treten wird. Der Reichsverkehrsminister hat einer  
verkürzten Veröffentlichungsfrist, die normal auf zwei Mo-  
nate läuft, zugestimmt.

Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und um die  
allgemeine Lebenshaltung möglichst wenig zu treffen, werden  
in die Erhöhung nicht einbezogen die Frachten für Le-  
bensmittel, die zur Zeit nach dem Nottarif für Lebens-  
mittel befördert werden. Darunter fallen Getreide, Hülsen-  
früchte und Mühlenerszeugnisse der Klasse C, frische Feld- und  
Gartenfrüchte der Klassen C und F, Delfrüchte und Delfrüchte  
der Klasse C, frische Mohrrüben und Karotten, sowie frische  
Rohrüben der Klasse G und Käse der Klasse B. Außerdem  
wird von der Erhöhung nicht betroffen der Ausnahmetarif  
für frische Kartoffeln zur Verwendung im Deutschen Reich.  
Die Milchfrachten werden einer systematischen Neu-  
ordnung unterzogen. Die aus dieser Regelung folgenden  
Erhöhungen lassen auch künftig die Frachtsätze noch auf etwa  
80 Prozent der preussischen Vorkriegshöhe. Die sogenannten  
Wettbewerbstarife namentlich gegenüber anderen  
Verkehrsmitteln und Verkehrswegen, bleiben von der Tarif-  
erhöhung ganz oder zum Teil ausgenommen.

Gleichzeitig mit der allgemeinen Tarifierhöhung sollen  
noch folgende Tarifierleichterungen durchgeführt werden: Die  
Abfertigungsgebühr des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs  
wird von 11 auf 9 Pfl. für 100 Kilogramm herab-  
gesetzt werden. Für Eisen und Stahl, sowie Eisen- und  
Stahlwaren der Klassen A bis D, sowie für unedle Metalle  
und Metallwaren wird ein Ausnahmetarif eingeführt wer-  
den, der für die Ausfuhr über die trockene Grenze Fracht-  
ermäßigungen gewährt. Für Heu und Stroh wird ein  
weiterer Ausnahmetarif gegenüber den künftigen Frachten  
der Klasse F einen Nachlaß von 15 Prozent bringen.

## Besprechungen über die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin. Ueber die bevorstehende Erhöhung der Eisen-  
bahntarife werden gegenwärtig zwischen der Deutschen  
Eisenbahn-Gesellschaft und dem Reichsverkehrsministerium  
Besprechungen gepflogen, die die Feststellung der einzelnen  
Tarifsätze zum Gegenstand haben. Der gesamte Be-  
rufsverkehr, dies sind 43 Prozent des gesamten Per-  
sonenverkehrs der Reichsbahn, wird von der Tarif-  
erhöhung ausgeschlossen werden, so daß hier keine  
Fahrpreisvermehrung eintreten wird. Ferner wird bei der  
Erhöhung der Gütertarife auch in weitestgehendem Maße  
eine Ausnahme der Lebensmitteltrans-  
porte aus der Tarifierhöhung durchgeführt werden, so daß  
eine Preissteigerung auf dem Warenmarkt ver-  
hindert wird.

## 51. Tagung des Völkerbundesrates.

Genf. Nach dreiviertelstündiger Geheim Sitzung wurde am  
Donnerstag die 51. Tagung des Völkerbundesrates  
von dem neuen Ratspräsidenten, dem finnländischen Außen-  
minister Procope, eröffnet. Am Ratsisch bemerkte man  
zuerst die Erasmänner, für Stresemann Staatssekretär  
von Schubert, für Briand Paul-DanCour und für  
Chamberlain Lord Cushendun.

Aus der geheimen Sitzung wurden zunächst die gebräuch-  
lichen  
Telegramme an die kranken Ratsmitglieder Stresemann  
und Chamberlain

gerichtet. Zum Direktor der Minderheitssektion  
wurde der Ministerialdirektor im spanischen Außenmini-  
sterium, Aguirre de Carcer, ernannt. Die Entscheidung, ob der  
polnisch-litauische Konflikt verhandelt werden wird, ist  
einige Tage verschoben worden, ebenso die Entscheidung über  
die Frage, ob man sich mit dem ungarisch-rumänischen Op-  
tantensitz beschäftigen wird.

Das Programm der öffentlichen Sitzung  
ist, wie gewöhnlich am ersten Verhandlungstage, ohne po-  
litisches Interesse: Wünsche des Komitees zur Be-  
kämpfung der Falschmünzerei, das Internationale Film-  
institut in Rom, Verkehrsfragen, Beitritt des Vrats zur Kon-  
vention betreffend Bekämpfung der Schmuggelliteratur. Deutsch-  
land hatte drei wirtschaftliche Berichte zu erstatten: Bericht  
des Wirtschaftskomitees über seine 25. Tagung, dann die Ge-  
gebnisse der Diplomatischen Handelskonferenz und der zwei  
Konferenzen betreffend Häute und Knochen.

## Appell der Minderheitentagung an Kellogg.

Genf. Die vierte Europäische Minderheitentagung hat  
beschlossen, folgenden Appell telegraphisch an den Staats-  
sekretär der Vereinigten Staaten, Kellogg, zu übermitteln:  
„Staatssekretär Kellogg, dem Schöpfer des Kriegs-  
ächtsungsaktes! Der Krieg ist geächtet! In die Stelle der  
Gewalt soll das Recht treten. Rechtlosigkeit wirkt kriegs-  
föhrnd. Recht ist Friede. 35 Millionen europäischer Men-  
schen, die als nationale Minderheiten bezeichnet werden,  
Glieder von 12 verschiedenen Völkern, verteilt auf 17 Staa-  
ten, kämpfen um ihr Volkstum, um ihre staatsbürgerliche  
und wirtschaftliche Gleichberechtigung. Wir kämpfen, tief  
durchdrungen von der Sittlichkeit unseres Rechts. Die Un-  
terdrückung und Bergewaltigung unserer Rechte ist eine der  
schwersten Gefahren für den Frieden. Sie, Herr Staats-  
sekretär, haben durch Ihr Werk ein so hohes moralisches  
Ansehen erworben, daß wir Sie bitten, dieses Ansehen bei  
den Unterzeichnern des Paktes für die Verwirklichung un-  
serer Rechte einzusetzen.“

## Belgiens Ministerpräsident über die Deutsche Gefahr.

Brüssel. Im Laufe der Aussprache über die Militär-  
dienstzeit in der belgischen Kammer warf Ministerpräsident  
Jaspars in Beantwortung einer sozialistischen Anfrage,  
die sich für Einführung der sechsmonatigen Dienstzeit ein-  
setzt, den Sozialisten vor, daß ihr Vertrauen auf den  
Frieden allzu blind sei und sich nur auf einige ver-